

Bremer SPD-Landesgeschäftsführer bezieht Stellung zur Waffensteuer

08.02.2012 – In der Zwischenzeit hat sich auch der Geschäftsführer der SPD-Landesorganisation Bremen zu den Hintergründen einer möglichen Einführung einer Waffensteuer geäußert. In seinem Schreiben hebt Roland Pahl hervor, dass "die Einführung einer Waffenbesitzsteuer in Bremen ein effektives Instrument ist, um die Zahl der in privaten Haushalten aufbewahrten Waffen zu reduzieren."

Abschließend fügte er an: "Ausdrücklich ausgenommen sollen jedoch Waffen sein, die zu Sportzwecken genutzt und in den Vereinsräumen aufbewahrt werden [Anmerkung: bis 3 Langwaffen gemäß § 13 Abs. 6 AWaffV]. Auch beruflich oder gewerblich genutzte Waffen sollen nicht der Steuerpflicht unterliegen. Darüber hinaus wird auch die überschaubare Zahl von Jägern im Land Bremen nicht von der Einführung einer Waffenbesitzsteuer betroffen sein."

"Nüchternheit beim Waffenrecht" - ein Seitenblick in die Schweiz

08.02.2012 – Augenmaß ist unter vielen wohl die entscheidende Eigenschaft, die es nicht nur in der Politik, sondern in jeder Debatte braucht, um die aktuellen Themen der Zeit, also die sprichwörtlichen "dicken Bretter", angemessen zu bohren.

Am Rande der aktuellen Diskussion um die mögliche Einführung einer Waffensteuer in Bremen beweist ein Blick in unser südliches Nachbarland Schweiz eindrucksvoll, dass es dieses Augenmaß auch bei den Themen des Waffenrechts noch immer geben kann. Ueli Maurer, Bundesrat und in dieser Funktion Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), unterstrich schon 2009 im Rahmen der traditionellen [Albisgüetli-Tagung](#): "Wer dem Bürger die Waffe wegnimmt, der zeigt ihm so seine Unmündigkeit an. Der Staat übernimmt [dann] die Vormundschaft."

Zugleich warnte er davor, dass ein solches "Misstrauen gegenüber dem Volk in den totalen Verbots- und Verwaltungsstaat" münden könnte. Statt dessen plädierte er - auch im Blick auf den privaten Waffenbesitz - für einen souveränen, selbstbestimmten und bewährten Bürgerstaat. Denn: "Der Staat, das sind die Bürger", so Maurer auf dem Albisgüetli, dem Zürcher Schützenhaus.

Auch DOSB lehnt Waffensteuer entschieden ab



09.02.2012 – Heftig umstritten ist die von der SPD geplante Einführung einer Waffensteuer in Bremen. Der Deutsche Schützenbund setzt sich im Sinne seiner Mitglieder seit Langem entschieden und mit guten Gründen gegen eine solche ungerechtfertigte Besteuerung ein. Inzwischen hat sich auch der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) eindeutig positioniert: Wie DOSB-Präsident Thomas Bach (Foto) in einem Schreiben mitteilte, "deckt sich diese ablehnende Sichtweise mit der Haltung des Deutschen Olympischen Sportbundes."

Wörtlich heisst es darin: "Es ist eine gute Tradition in Deutschland, die bislang auch noch nie durchbrochen wurde, Sportgeräte nicht zu besteuern. So ist es im Gegenteil gerade Ausdruck der gemeinnützigen Orientierung der im Deutschen Olympischen Sportbund vertretenen Sportarten, diese zum Beispiel über die Festlegungen in der Abgabenordnung steuerlich zu entlasten. Eine explizite steuerliche Belastung eines Sportgerätes ist daher grundsätzlich abzulehnen."

Schließlich fügt der DOSB-Präsident an: "Zudem ist auch mit dem Blick auf das Bremer Planvorhaben nicht erkennbar, wie die im Gutachten von Professor Johannes Dietlein von der Universität Düsseldorf angeführten Problemstellungen überwunden werden sollen."

Sollte eine solche Steuer tatsächlich eingeführt werden, ist - so der oberste deutsche Sportfunktionär - "nicht nur eine Vielzahl von Vereinsaustritten zu befürchten, sondern auch eine nachhaltige Beschädigung des Schützensports."

**ASTRID VOCKERT
LANDTAGSABGEORDNETE
VIZEPRÄSIDENTIN DES
NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAGES**

30159 HANNOVER ° HINRICH-WILHELM-KOPF-PLATZ 1 ° TELEFON
0511 / 3030-3150 ° FAX 0511 / 3030-3803

Pressemitteilung

Hannover, 06.02.2012

Astrid Vockert zur Waffensteuer-

Diskussion:

„Existenz der Schützenvereine nicht gefährden!“

„Waffensteuer ist in Niedersachsen kein Thema!“

Die Schützen in Niedersachsen müssen sich vor keiner Waffensteuer fürchten, wie sie zurzeit im benachbarten Bremen von der SPD-geführten Landesregierung voran getrieben wird:

„Wir werden die Schützen auf keinen Fall zur Kasse bitten“, sichert die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert aus Schiffdorf sowohl auf der Schützenversammlung Wesermünde-Süd in Bokel als auch auf dem „Tag der Schützen“ des Bezirksschützenverbandes Bremerhaven-Wesermünde in Ankelohe am vergangenen Woche zu.

In den vergangenen Wochen wurde die Politikerin immer wieder von aufgebracht Schützen angesprochen, die die Entwicklung in Bremen mit großer Sorge sehen: Dort wird pro

Waffe und Jahr demnächst möglicherweise eine Sondersteuer von 300 Euro erhoben. Ausnahmen sind lediglich für Menschen geplant, die eine Waffe aus dienstlichen oder gewerblichen Gründen nutzen (wie zum Beispiel Polizeibeamte und Förster).

Bei Gesprächen in den zuständigen niedersächsischen Ministerien wurde der CDU-Landtagsabgeordneten in den letzten Tagen ausdrücklich bestätigt, dass eine Waffensteuer zu Lasten der Schützen „überhaupt kein Thema“ ist.

Die Empörung des Bezirksschützenverbandes Bremerhaven-Wesermünde und anderer Schützen-Interessenvertretungen in der Region kann Astrid Vockert sehr gut nachvollziehen.

Wenn die Schützenverbände befürchteten, dass bei Einführung der Waffensteuer reihenweise Waffen abgegeben und zahlreiche Mitglieder austreten würden, so sollte die Politik darauf angemessen reagieren.

Schließlich dürfe die Existenz von Niedersachsens Schützenvereinen nicht gefährdet werden, so **Astrid Vockert. Sie betont: „Die Schützenvereine leisten eine ausgezeichnete Jugendarbeit und erbringen bei ihrem Sport herausragende Leistungen. Außerdem sind ihre Beiträge für ein lebendiges Dorfleben**

und die Stärkung des ländlichen Raumes unverzichtbar.“

Die Waffensteuer-Initiative der Sozialdemokraten hat nach Auffassung der CDU-Landtagsabgeordneten aber **noch aus einem anderen Grund „einen sehr schalen Beigeschmack“**.

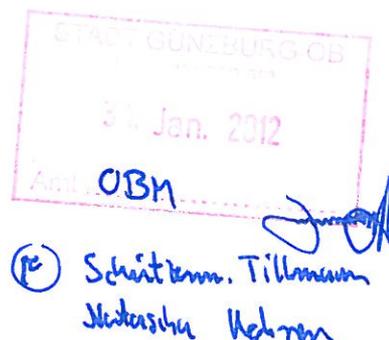
Denn sie **schädige den Ruf der Schützen, indem der Eindruck erweckt werde, dass sie „aus Gründen der Sicherheit besonders scharf kontrolliert und sanktioniert“ werden müssten**, so Astrid Vockert. Dabei sei es tatsächlich so, dass die **Schützenvereine ihre Verantwortung für einen korrekten Umgang mit den von ihnen verwendeten Waffen sehr ernst nähmen**. Die bestehenden Waffengesetze, die im Übrigen in letzter Zeit im Sinne der Sicherheit weiter verschärft worden seien, reichten aus.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesorganisation Bremen



SPD-Landesorganisation Bremen • Obernstraße 39-43 • 28195 Bremen

Herrn
Gerhard Jauernig
Schlossplatz 1
89312 Günzburg



Bremen, 30. Januar 2012
☎ 0421/3 50 18-19, Karen Schuster

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Gerhard Jauernig,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Januar 2012.

Die SPD in Bremen ist der Meinung, dass die Einführung einer Waffenbesitzsteuer in Bremen ein effektives Instrument ist, um die Zahl der in privaten Haushalten aufbewahrten Waffen zu reduzieren.

Die über eine Waffenbesitzsteuer erzielten Mehreinnahmen sollen auch dazu genutzt werden, die notwendigen Kontrollen der sicheren Aufbewahrung von Waffen in Privatbesitz zu gewährleisten. Diese Kontrollen sind sehr zeit- und personalintensiv und bedeuten daher einen erheblichen finanziellen Aufwand. Wir sind der Meinung, dass dieser erhebliche Aufwand insbesondere in einem Bundesland, das sich in einer akuten Haushaltsnotlage befindet, nicht nur zu Lasten der Allgemeinheit gehen darf, sondern dass diejenigen, die Waffen privat besitzen, sich auch angemessen an den finanziellen Folgekosten beteiligen sollen.

Ihre Darstellung, dass ein Großteil der bekannten Greuelthaten ausschließlich mit illegalen Waffen begangen wurde, möchten wir entschieden entgegentreten. Insbesondere bei den Amoktaten (Erfurt, Winnenden und anderen) wurden von den Tätern legale Waffen verwendet, die in Privathaushalten aufbewahrt wurden.

../2

Ausdrücklich ausgenommen sollen jedoch Waffen sein, die zu Sportzwecken genutzt und in den Vereinsräumen aufbewahrt werden. Auch beruflich oder gewerblich genutzte Waffen sollen nicht der Steuerpflicht unterliegen. Darüber hinaus wird auch die überschaubare Zahl von Jägern im Land Bremen nicht von der Einführung einer Waffenbesitzsteuer betroffen sein.

Für weitere Informationen und Nachfragen und stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

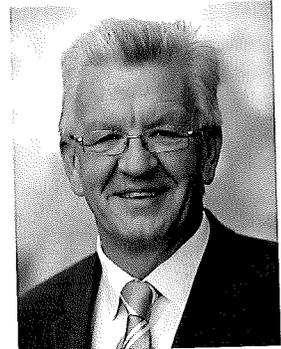


Roland Pahl
Landesgeschäftsführer

P.S.: Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe, erhält eine Kopie des Schriftwechsels.

Grußwort des Ministerpräsidenten

Am 21. April 2012 richten die Crailsheimer Sportschützen den Landesschützentag aus. Zur Jahreshauptversammlung des Württembergischen Schützenverbandes 1850 e.V. begrüße ich als Ministerpräsident alle Schützinnen und Schützen sowie die Gäste sehr herzlich in Crailsheim.



Die Entstehung und Tradition der Schützenvereine gehören zu unserer vielfältigen Kultur und zeugen bis heute von der Heimatverbundenheit der zahlreichen Mitglieder. Das Schützenwesen hat seine Ursprünge in der mittelalterlichen Stadtkultur als die Schützen die Bürgerinnen und Bürger gegen Übergriffe von außen beschützten. Im Vorfeld der bürgerlichen Revolution von 1848 waren es vor allem die Schützenvereine, die sich nachdrücklich für den demokratischen Oppositionsgeist einsetzten.

Als ältester Mitgliedsverband im Deutschen Schützenbund vertritt der Württembergische Schützenverband 1850 e.V. derzeit mehr als 90.000 Mitglieder. Die in ihm organisierten Vereine sind wichtige Orte für Jugendarbeit, Ehrenamt und vorbildlich geführtes Vereinsleben.

Dass der Schießsport in Deutschland auf reges Interesse stößt, zeigt nicht zuletzt die allgemein große Begeisterung für das Biathlon. Sportlerinnen und Sportler wie Magdalena Neuner und Michael Greis rufen nicht nur in der Loipe, sondern auch am Schießstand regelmäßig tolle Leistungen ab und zeigen den Zuschauern, wie wichtig Körperbeherrschung, Konzentration, innere Ruhe und mentale Stärke sind, um ins Schwarze zu treffen.

Als Mitglied eines Schützenvereins weiß ich aus erster Hand, dass gerade das Schießen als Sport im Verein für den zivilen Gebrauch einer Waffe steht. Dennoch halte ich es für richtig, die in unserem Koalitionsvertrag angekündigte Verschärfung des Waffenrechts umzusetzen. Die Landesregierung will deshalb – mit Ausnahme der Jäger – ein generelles Verbot für den Privatbesitz von großkalibrigen Faustfeuerwaffen durchsetzen. Diese Waffen stellen aufgrund ihrer Durchschlagskraft eine enorme Gefahr dar. Fürchterliche Geschehnisse wie die Amokläufe von Winnenden oder Norwegen sind unvergessen. Sie mahnen uns, gemeinsam alles dafür zu tun, dass sich diese schrecklichen Ereignisse nicht wiederholen.

Dem Landesschützentag 2012 wünsche ich einen guten Verlauf sowie allen Schützinnen und Schützen und den Gästen einen angenehmen Aufenthalt in Crailsheim.

Winfried Kretschmann
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

**Antwort auf das Grußwort unseres
Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann
zum Landesschützentag 2012 in Crailsheim**

Wir haben von unserem Ministerpräsidenten und Mitglied eines Schützenvereins Winfried Kretschmann für unsere Festschrift ein Grußwort bekommen. Herausgeber und Verantwortliche dieser Festschrift sind die diesjährigen Ausrichter unseres Landesschützentages, die Sportschützen Crailsheim.

19 Zeilen Aufzählung der wichtigen Rolle unseres Sports, des Ehrenamtes und der vorbildlich geführten Vereine, wir bedanken uns ganz herzlich dafür, eine Anerkennung dieser Leistungen ist notwendig und tut aus berufenem Munde immer gut.

Aber dann:

„Dennoch halte ich es für richtig, die im Koalitionsvertrag angekündigte Verschärfung des Waffenrechts durch das generelle Verbot der großkalibrigen Faustfeuerwaffen durchzusetzen.“



Von Politikern und Interessenvertretungen, die diese Verbotsforderungen vertreten, wird der Eindruck vermittelt, dass mit dem Verbot einer bestimmten Kategorie von Sportwaffen gesellschaftliche Probleme nachhaltig gelöst werden können. Darin kommt wieder dieser reflexartige Generalverdacht zum Ausdruck, der uns Schützen seit Winnenden angehängt wird und der durch die Tat in Norwegen wieder aufgenommen wurde.

Warum hat das norwegische Volk mit viel Besonnenheit und ohne blinden Aktionismus auf dieses schreckliche Geschehen reagiert und die Ursachenforschung in den Vordergrund gestellt?

Sicher, es ist einfach, ein paar sportliche Disziplinen und die entsprechenden Sportwaffen zu verbieten.

Einfach ist es auch, den Bürgerinnen und Bürgern als politisch konsequentes Handeln mit dem Verbot von Sportwaffen einen Sicherheitsgewinn vorzugaukeln, für den jede Beweisführung fehlt.

Für uns, die mehr als 90.000 Mitglieder im Württembergischen Schützenverband, ist diese Vorgehensweise in keiner Weise nachvollziehbar, aber dafür sehr verletzend. Zudem lenkt sie letztendlich nur von den tatsächlichen gesellschaftlichen Problemen ab.

Wir arbeiten mit dem Innenministerium, den Regierungspräsidien, den Ordnungsämtern und den Kreispolizeibehörden gut und erfolgreich zusammen, eindeutige Zielsetzung ist eine gemeinsame und konsequente Umsetzung des Waffenrechts.

Höchste Priorität haben unsere Bemühungen im Bereich der sicheren und ordnungsgemäßen Aufbewahrung unserer Sportwaffen. Umfassende und permanente Aufrufe an unsere Mitglieder haben bereits bewirkt, dass die Anzahl der Beanstandungen mehr als halbiert wurde.

Seit 2003 haben wir weit mehr als 1.000 Ausbilder im Bereich der Waffensachkunde geschult, um eine flächendeckende Ausbildung und Fachkenntnis in unserem Verbandsgebiet zu gewährleisten.

Über 3.000 Jugendleiter-, Jugendbasis – und Trainerlizenzen sichern gerade auch bei unseren jugendlichen Mitgliedern den verantwortungsbewussten Umgang mit Sportwaffen.

Diese absolut wichtigen Leistungen unserer Mitglieder wurden uns in einem Schreiben des Innenministers Reinhold Gall bestätigt und ausdrücklich anerkannt.

Mit insgesamt 1,4 Millionen im Deutschen Schützenbund organisierten Sportschützen üben wir unseren Sport im Rahmen der Sportordnungen aus. Alle Disziplinen dieser Sportordnungen wurden vom Bundesverwaltungsamt sorgfältig geprüft und genehmigt.

Zu diesen Disziplinen gehört auch das Schießen mit großkalibrigen Kurz Waffen.

Wir sehen nach wie vor keine Veranlassung, diese Disziplinen und Sportwaffen aus unserem vielfältigen, facettenreichen und in sich geschlossenen Sportprogramm zu entfernen.

Wir stehen zu all diesen Disziplinen und werden gemeinsam mit dem Deutschen Schützenbund gegen diese von der Landesregierung Baden-Württemberg angedachte Verschärfung des Waffenrechts auf Bundesebene vorgehen.

Für die mehr als 90.000 Mitglieder des Württembergischen Schützenverbandes:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident
geben Sie auch uns die Möglichkeit des offenen, sachlichen und
fairen Dialoges mit der Landesregierung.

Hannelore Lange
Landesobereschützenmeisterin
Württembergischer Schützenverband 1850 e.V.

Im Februar 2012

DIE LESER BESTIMMEN DAS THEMA: IST ES IN EUROPA ZU LEICHT, AN GEFÄHRLICHE WAFFEN ZU KOMMEN?

Zu Besuch beim Sündenbock

Der Weg zum Waffenschein

Es ist mal wieder soweit: Das Attentat in Norwegen hat eine Diskussion über das Waffenrecht ausgelöst. Denn der Weg zu seinen tödlichen Waffen führte auch den Täter von Oslo und Utøya über einen Schützenverein. In Deutschland fühlen sich deren Mitglieder unter Generalverdacht gestellt. Die richtige Zeit für einen Besuch.

VON CHRISTIAN PALM

Ingo Buchenau ist auf den ersten Blick niemand, mit dem man sich anlegen möchte. Er ist groß und kräftig. Und dann sagt er auch noch folgendes: „Eigentlich sollten Sie sofort vor mir wegrennen.“ Schließlich erfülle er alle Kriterien eines Amokläufers. Er sei sozial integriert, dazu unauffällig. Und er kann schießen. Buchenau ist Polizist und leitet die Schützengilde, den größten Schützenverein Bremens. Buchenau, 38 Jahre alt, sitzt an einem der runden Tische im Vereinsheim und raucht eine Zigarette nach der anderen. An den Wänden hängen die Plakette früherer Schützenkönige. Auf dem Tisch stehen Plastiktulpen. Der Schießstand ist nebenan.

Ob er denn schon mal im Dienst geschossen habe, wird er gefragt. Ja, antwortet er. „Es war ein Genickschuss.“ Pause. „Die Katze war sofort tot.“ Es sei ein Gnadenschuss für ein angefahrenes Tier gewesen, erzählt er. Ingo Buchenau hat Humor. Aber in seiner Rolle als Sportschütze hat er derzeit ein Problem, wenn auch kein unerwartetes.

Dass er und seine Schützenfreunde sich mal wieder mit dieser Diskussion würden beschäftigen müssen, war ihnen klar, als sie hörten, dass in Norwegen mehr als 70 Menschen ihr Leben gelassen hatten, weil ein Attentäter es so wollte. Und nicht nur das: Anders Behring Breivik hatte seine Waffen legal erworben, war jahrelang Mitglied in einem Schützenverein.

Die Reaktionszeit der Sicherheitspolizei ist kurz. Es dauerte nicht lange, bis ihnen Mikrofone entgegengestreckt wurden, in die sie ihre Forderungen nach strengeren Waffengesetzen sprechen konnten. Baden-Württembergs Innenminister Reinhold Gall (SPD) strebt ein Verbot für den privaten Besitz großkalibriger Faustfeuerwaffen an. Sein Bremer Parteifreund Björn Tschöpe äußert sich ähnlich: „Ich sehe nicht ein, dass Leute unter dem Deckmantel, einen Sport zu betreiben, gefährliche Waffen besitzen“, meint der Fraktionsvorsitzende.

Auf Bundesebene dürfte sich diese Forderung nicht durchsetzen lassen. Deshalb plant der Bremer Senat regionale Lösungen. Im Koalitionsvertrag hat Rot-Grün festgehalten, dass Waffenbesitzer demnächst mehr zahlen müssen für ihr Hobby. Falls rechtlich möglich, solle eine jährliche Steuer auf den Waffenbesitz eingeführt werden, ansonsten könnten die Kontrollen teurer werden, sagt Tschöpe. Von den Einnahmen könnte die zuständige Behörde mehr Leute einstellen – und der Senat sein Ziel erreichen: „Wir wollen den Besitz von Waffen in Bremen soweit wie möglich eingrenzen“, sagt der Innenpolitiker.

In Bremen leben gut 5000 Menschen mit Waffenschein. Sie besitzen etwa 18000 an-

meldepflichtige Waffen. Seit 2009 müssen sie nachweisen, dass sie ihre Schusswaffen korrekt lagern. Geschieht dies nicht, bekommen sie Besuch von Kontrolleuren. Bei etwa einem Viertel der Bremer Waffenbesitzer war dies bereits der Fall, Beanstandungen gab es jede Menge. Betroffen waren vor allem jene, die Erbwaffen besitzen. Viele gaben daraufhin ihre Waffen ab, heißt es aus dem Innenressort. Sportschützen fallen bei den Kontrollen meist dadurch auf, dass sie alle Vorschriften beachten. Nichts wäre schlimmer für ihr ohnehin ramponiertes Ansehen als der bestätigte Verdacht, sie würden ihre großkalibrigen Waffen im Bettkasten verstauen.

Im Haus der Borgfelder Schützen deutet nichts darauf hin. Eine Stahltür öffnet den Weg in einen kleinen, fensterlosen Raum. Darin stehen vier große Schränke, jeweils etwa 200 Kilogramm schwer, mit Stahldübeln in der Wand verankert und miteinander verschweißt. In einem kleinen Tresor

schreibt der Norweger Breivik, wie er versuchte, sich in Prag auf illegalem Weg seine Waffen zu besorgen. Weil dies misslang, machte er sich anschließend auf den legalen Weg. Ein Schützenverein räumte ein, dass der spätere Attentäter Mitglied war. Seine Mordwaffen beantragte und bekam er ohne Probleme. Das Verfahren dazu ist in Norwegen ähnlich dem in Deutschland, erklärt Winkelsdorf. Mit dem Unterschied, dass Breivik nur ein halbes Jahr Training nachweisen musste. Hierzulande sind es zwölf Monate (siehe Bericht rechts).

Die Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen“ hat eine Liste erstellt mit Fällen, in denen nach ihren Recherchen Menschen mit Sportwaffen getötet wurden. Von 1991 bis heute zählten die Waffengegner in Deutschland 121 Tote. Ist das viel? Sicher,

mit ist. So wie er selbst es einst gelernt hat: Als Buchenau jung war, gab es in Borgfeld nämlich genau vier Möglichkeiten der Freizeitgestaltung: Fußball, Turnen, die Freiwillige Feuerwehr und den Schützenverein. Seine Erfolge auf dem Fußballplatz bezeichnet er als „überschaubar“, genauso wie sein Interesse an Flugrolle und Feldaufschwung. Als ihm dann auch noch die Zeit für die Feuerwehr fehlte, blieb nur noch der Schützenverein.

Dort wurde sein Ehrgeiz geweckt. Diesen Ehrgeiz symbolisiert ein Punkt, der knapp einen Viertelmillimeter groß ist: Die Zehn in der Mitte der Zielscheibe zu treffen, erfordert jede Menge Körperbeherrschung, Konzentration und Perfektion.

Im Bild, dass die Allgemeinheit heutzutage von den Schützen hat, kommen diese Fähigkeiten kaum noch vor. Dort geht es eher um altbackene Uniformen und die Fähigkeit, nach dem Schützenfest trotz hohen Alkoholpegels noch den Heimweg zu finden. Ganz zu schweigen von der verheerenden Wirkung der Debatten um Amokläufe und Attentate.

Die Schützen wiederum mühen sich, diesem Bild zu widersprechen. „Wir müssen was tun“, sagt Buchenau. Sie sind offener geworden, wollen zeigen, dass sie nichts zu verbergen haben. In der Nähe von Bremen gab es schon einen schwulen Schützenkönig. In Münster wurde neulich ebenfalls einer ernannt. Der Protest von einigen Traditionalisten dagegen, dass dessen Lebensgefährte als „Königin“ amtieren darf, überschattet die Tatsache, dass die Vereine sich gewandelt haben. Das müssen sie auch, weiß Buchenau.

Der Nachwuchs fehlt auch in seinem Verein. Die Leute in den Borgfelder Neubaugebieten schicken ihre Kinder lieber zum Turnen oder auf den Fußballplatz. Der Bremer Schützenbund verlor im vergangenen Jahr 167 Mitglieder. Rund 5000 sind es noch. Jeder Schütze weniger schwächt die Position der Waffenfreunde, wenn es gilt, sich gegen strengere Regeln zu wenden. Wenn es sie immer weniger Stimmen kostet, werden sich die Politiker leichter zu Waffenverboten durchringen können.

In anderen Bundesländern sind die Schützen in dieser Hinsicht noch deutlich besser aufgestellt. Experten halten daher eine bundesweite Neuregelung für unwahrscheinlich. Zumal sich dazu auch Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sehr zurückhaltend geäußert hat. „Deutschland hat bereits ein sehr restriktives Waffenrecht“, erklärt er. Die aktuelle Debatte um das Waffenrecht dürfte ein baldiges Ende finden. Die Frage, ob es zeitgemäß ist, einen Sport zu betreiben, der mit solch offensichtlich gefährlichen Geräten ausgeführt wird, wird aber bleiben.

jedes Opfer sei eines zu viel, sagt der Sportschütze Buchenau. „Aber 120 Tote durch legale Waffen in 20 Jahren rechtfertigen keinen Generalverdacht gegen Sportschützen.“ Für den Politiker Tschöpe ist die Zahl ein Beleg dafür, dass Privatleute keine tödlichen Waffen besitzen sollten. Er sagt: „Der Schießsport ist eine Freizeitbeschäftigung, kein Grundrecht.“

Neulich hat er sich mit Vertretern der Bremer Schützen zum Gespräch getroffen. Er lobt deren Einsatz. In der Hansestadt gingen sie verantwortungsvoll mit ihrem Sport um. An seiner Meinung ändert das nichts. Mit den Bremer Schützenvereinen verbindet ihn ein kritischer Dialog. Erst neulich wandte er sich gegen den Vorschlag mancher von ihnen, spielerische Schießübungen im Schulunterricht anzubieten. Auch Buchenau hält es für sinnvoll, dass junge Leute Waffen kennenlernen. So könnten sie erfahren, wie gefährlich der Umgang da-

liegen die zugehörigen Schlüssel, den Code kennen nur ganz wenige, erklärt Buchenau. Die Munition wiederum ist in einem anderen Raum untergebracht. Alle vier Jahre kontrolliert ein Sachverständiger die gesamte Anlage. Ohne dessen Siegel, dass alle Vorschriften eingehalten werden, darf keine Patrone verschossen werden. Die Menge an Vorschriften wächst seit Jahren. Als Anlass für Neuregelungen dienen in der Regel erschreckende Ereignisse wie in Erfurt oder Winnenden.

Sollte das Waffenrecht also nun weiter verschärft werden? Kritiker dieser Denkweise wenden ein, dass es nicht an Regeln, sondern an deren Durchsetzung mangelt. Für die Kontrollen sind die Kommunen zuständig. In Bremen kümmern sich nur drei Festangestellte darum. Zusätzlich hatte Innenminister Ulrich Mäurer im vergangenen Jahr ehemalige Polizeibeamte reaktiviert. Zur Zeit gebe es in dieser Hinsicht allerdings Engpässe, gibt eine Sprecherin zu. Der Journalist Lars Winkelsdorf hält die Bremer Waffenbehörde für unterbesetzt. In Hamburg seien 40 Leute für die Aufgabe zuständig. „Die sind auf alles vorbereitet“, sagt der Fachmann für Waffenrecht. Weitere Verbote hält er nicht für sinnvoll. Zunächst müsste das Waffenrecht europaweit vereinheitlicht werden. In Belgien ließen sich nämlich historische Waffen ganz legal und unkompliziert beschaffen.

Doch oft ist der Gang über die Grenze für zukünftige Verbrecher nicht nötig. In Winnenden erschoss der 17-jährige Amokläufer 16 Menschen mit der legalen Beretta seines Vaters. Der Attentäter von Erfurt hatte seine Waffen legal gekauft. Er war jahrelang Mitglied in einem Schützenverein, wo er den Umgang mit Pumpgun und Glock 17 lernen konnte. In seinem Tagebuch be-

hingegen haben erst einmal getrauert und dann gesagt: Wir wollen uns unsere freiheitliche Gesellschaft nicht durch solche Vorfälle kaputt machen lassen.

Nutzen sich Debatten über das Waffenrecht langsam ab? So, dass es dem Anliegen der Sportschützen – keine weitere Verschärfung des Waffenrechts – vielleicht am Ende sogar nützt?

Ich glaube nicht, dass es eine Frage der Abnutzung ist. An solche Verbrechen und die daran anschließende Diskussion gewöhnt man sich nie. Jeder Fall erfordert Aufmerksamkeit, weil man immer fragen muss: Was kann man verbessern, um so etwas künftig zu verhindern? Das betrifft nicht nur Sportschützen, sondern die ganze Gesellschaft. Sportschützen stehen leider im Vordergrund, wenn Stereotype gebraucht werden, ebenso wie Nutzer von bestimmten Computerspielen. Solange sich dies nicht ändert, ist jede Diskussion verfehlt und orientiert sich nicht an den wahren Ursachen: den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Wie hält man die Argumentationslinie, wenn jede Diskussion ums Waffenrecht, noch bevor sie abgeschlossen ist, von neuen Ereignissen überlagert wird?

Wir versuchen immer, sachlich zu argumentieren. Wir wissen, dass solche Ereignisse mit Emotionen zu tun haben, von denen

auch die Medien nicht frei sind. Wir haben uns sowohl nach Erfurt als auch nach Winnenden vernünftigen Lösungen – durchaus auch im Sinne einer beachtlichen Verschärfung des Waffengesetzes – nicht verschlossen. Und wir werden dies auch weiterhin bei sinnvollen Lösungen nicht tun. Ich sehe aber zurzeit im Waffengesetz keine Stellschraube mehr, an der man noch drehen könnte, um irgendetwas zu bewirken. Deutschland hat bereits ein sehr gutes Waffengesetz, mit Kontrollmöglichkeiten des Staates, mit denen wir Sportschützen uns abfinden, ja sogar identifizieren.

Haben Sie einmal überlegt, nach den „Gesetzen“ der Medien zu agieren? Sie könnten doch eine konkrete, vielleicht ebenso emotionale PR-Strategie verfolgen.

Wir haben natürlich überlegt, wie wir unsere Auffassung, unsere Werte in der Öffentlichkeit vertreten können – und zwar lieber offensiv als defensiv. Noch versuchen wir, mit Sachargumenten zu punkten, was aber immer schwerer wird gegen Emotionen, die quasi aus dem hohlen Bauch entstehen. Für Kampagnen, die zum Beispiel in der Wirtschaft üblich sind, müssten wir sehr viel Geld in die Hand nehmen – Geld, das wir nicht haben. Wenn bei einem Stromversorger die Masten umknicken, haben Sie sofort eine Kampagne ohnegleichen – dass die Stromversorgung sicherge-

stellt ist und so weiter. Wir sind kein Unternehmen. Wir können uns Werbeanzeigen oder Fernsehspots nicht leisten, da wir Mitgliedsbeiträge anders einsetzen müssen.

Wie ist die Stimmung in den Vereinen? Fürchten die Schützen in Deutschland um ihre Existenz?

So weit ist es noch nicht. Wir hoffen auf Vernunft und Sachverstand. Das Schützentum ist immer noch tief verwurzelt in diesem Land. Der DSB feiert in diesem Jahr sein 150-jähriges Bestehen, als ältester Sportverband. Es gibt immer noch viele Vereine, die bis ins Mittelalter zurückreichen. Wir haben vieles erlebt und vieles überlebt, nicht zuletzt zwei Diktaturen. Schützen haben immer zusammengestanden. Wir haben uns stets in der Gesellschaft engagiert, auch für die Gesellschaft. Das wird auch künftig so bleiben. Ich gehe von mindestens weiteren 150 Jahren aus.



Zur Person
Jürgen Kohlheim ist seit 2001 Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes (DSB). Der 69-jährige Verwaltungsrichter a.D. ist beim DSB unter anderem zuständig für Fragen des Waffenrechts.



Schützen-Vizepräsident: Argumente gegen Emotionen

Die Attentate von Norwegen haben in Deutschland wieder eine Diskussion ums Waffenrecht ausgelöst. Für Jürgen Kohlheim, Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes, fast schon Routine. Bereits nach Erfurt und Winnenden hat er sich intensiv – auch juristisch – mit Forderungen nach einem schärferen Waffengesetz auseinandergesetzt. Marcus Schuster hat mit ihm gesprochen.

Herr Kohlheim, eigentlich müssten Sie es leid sein, sich immer wieder für Massenmörder rechtfertigen zu müssen.

Jürgen Kohlheim: Das kann man so sagen. Wenn Menschen Waffen missbrauchen, wie der Attentäter von Norwegen, werden sofort Sportschützen damit in Verbindung gebracht. Zunächst einmal ist jeder Sportschütze in diesem Land genauso betroffen über diesen unvorstellbaren Massenmord, wie jeder andere Bürger auch. Darüber hinaus fühlen wir uns aber unter Generalverdacht.

Wie haben Sie die öffentliche Resonanz – im Hinblick auf das Waffenrecht – nach den Anschlägen von Norwegen erlebt?

Es waren die üblichen Reflexe. Die Tat wurde vermengt mit den sogenannten Amokläufen in der Bundesrepublik, und es wurden genauso reflexhaft die üblichen Forderungen nach einer Verschärfung des Waffenrechts und einer Einschränkung des Schießsports gestellt. Die Norweger

Bremen (cpa). Wer sich in Deutschland eine Waffe zulegen möchte, die unter die gesetzliche Aufsicht fällt, braucht zunächst Geduld. Über ein Jahr muss der Umgang regelmäßig gelernt werden, zum Beispiel in einem Schützenverein. Die Teilnahme am Sport ist einer der wenigen Gründe, aus denen die Genehmigung erteilt werden darf, eine solche Waffe zu besitzen.

Die Schützen in den Vereinen tragen die Verantwortung und müssen die Kandidaten beurteilen. Am Ende entscheidet die kommunale Behörde über die Erlaubnis. Zuvor muss noch ein dreitägiger Lehrgang besucht und mit einer Prüfung erfolgreich abgeschlossen werden. Nach dem Amoklauf von Erfurt wurden die Regeln 2002 verschärft. Seither müssen unter 25-Jährige ein medizinisch-psychologisches Gutachten vorlegen, um eine Waffenbesitzkarte für Großkaliber-Waffen zu beantragen. Zudem sind die Regeln zur Aufbewahrung seither strenger. Nach den Ereignissen in Winnenden wurden auch die Kontrollen verschärft.

Gerade wird daran gearbeitet, eine nationale Datenbank über alle genehmigungspflichtigen Waffen anzulegen. „Der gesamte Lebenszyklus jeder legalen, erlaubnispflichtigen Waffe, vom Hersteller bis hin zu Informationen über Modell und Kaliber, wird elektronisch nachvollziehbar sein“, heißt es in dem Entwurf. Etwa zehn Millionen Waffen befinden sich legal im Besitz deutscher Bürger. Die Zahl illegaler Waffen wird auf 20 bis 30 Millionen geschätzt.

Insgesamt wird den Deutschen ein kritischer Umgang mit Waffen nachgesagt. Im Waffenrecht spiegle sie auch immer die jeweilige Kultur wider, sagt Lars Winkelsdorf, Journalist und Waffenspezialist. In Ländern wie Norwegen, Schweden oder Finnland würden Waffen eher als Werkzeuge betrachtet, gerade in ländlichen Gebieten. Dennoch wollen die führenden Parteien in Schweden zurzeit ein härteres Waffengesetz mit neuen Ausgabekriterien verabschieden. Finnland überarbeitet sein Waffenrecht bereits, nachdem in dem Land bei drei Schießereien binnen fünf Jahren 24 Menschen ums Leben gekommen sind. Schützungen zufolge besitzen 45 von 100 Finnen eine Waffe; in Schweden sind es demnach 32, in Norwegen 31 und in Dänemark zwölf.

In Dänemark dürfen ehemalige Soldaten ihre Armeewaffen mit nach Hause nehmen. In der Schweiz überstand eine ähnliche Regelung vor kurzem ein Referendum, das eigentlich zum Ziel gehabt hatte, sie abzuschaffen. Dort werde die eigene Waffe aber immer noch als Symbol der Eigenverantwortung gesehen, sagt Winkelsdorf.

Als Beispiel für ein Totalverbot von gefährlichen Waffen wird häufig England herangezogen. Zu Unrecht, sagt er. Schrotflinten seien dort frei erhältlich, die Erlaubnis dazu nicht mehr als ein formaler Akt, der wenige Pfund koste. Bei den historischen Waffen verhalte es sich auf der Insel wie in Belgien: Die könnten dort ohne Probleme erworben werden – und im Zweifelsfall auch nach Deutschland mitgebracht werden. Deshalb sei ein europäisch einheitliches Waffenrecht nötig. Der Trend sei aber eindeutig, erklärt Winkelsdorf: „Es gibt fast überall schärfere Kontrollen.“

Bestimmen Sie das Seite-3-Thema

Liebe Leserinnen, liebe Leser, heute stellen wir Ihnen wieder drei Themen vor, von denen wir am nächsten Montag eines auf unserer Seite 3 veröffentlichten werden. Was gedruckt wird, bestimmen die Leser per Telefon, online oder per Postkarte. Machen Sie mit!

1. Provisorium als Prinzip: In Berlin tanzen sie Swing in leeren Schwimmbecken, in Bremen werden ehemalige Amtsbauten kulturell genutzt. Zumal im Sommer erobert Künstler die randständigen Orte der Stadt. Bremen gehört zu den wenigen Städten, in denen die Kurzzeit-Gestalter offiziell mit der Stadt kooperieren. Ein Report. **Telefon: 0137/ 1000-331**

2. Die Weltreise ist ein Traum vieler Menschen, doch nur wenige machen ihn wahr. Die Redaktion möchte Menschen vorstellen, die gerade in den letzten Zügen der Vorbereitung stecken. Außerdem gibt es Informationen, was die Verwirklichung dieses Traumes kosten kann und wie man die Sache mit dem Arbeitgeber regelt. **Telefon: 0137/ 1000-332**

3. Die Transfers von großen Stars sind in der neuen Saison der Fußball-Bundesliga ausgiebigen. Ist es die wirtschaftliche Not oder vertrauen die Clubs verstärkt einer erfolgreichen Ausbildung des Fußball-Nachwuchses? **Telefon: 0137/ 1000-333**

Stimmen Sie ab: Per Telefon (Anrufe kosten 14 Cent aus dem Festnetz, Handytarife können abweichen), auf www.weser-kurier.de/bremen, oder Sie schreiben uns: WESER-KURIER, Stichwort: Thema, Martinstraße 43, 28195 Bremen. E-Mail: redaktion@weser-kurier.de. (Die Abstimmung endet am heutigen Montag um 18 Uhr)